

Landesbeirat fordert erneut Ende der Abschiebungshaft

Rendsburg (epd). Der Landesbeirat für den Vollzug der Abschiebungshaft in Schleswig-Holstein hat erneut ein Ende dieser Haft für Flüchtlinge und der Abschiebungen insgesamt gefordert. Anlass sind die Sparpläne der CDU-FDP-Landesregierung. Der Beirat begrüße grundsätzlich die geplante Auflösung des Abschiebungshaft-Gefängnisses in Rendsburg, sagte Beirats-Vorsitzender Pastor Hans-Joachim Haeger. Dies darf nach Ansicht des Gremiums aber nicht zu noch schlechteren Bedingungen für künftige Abschiebungshäftlinge etwa in anderen Gefängnissen führen.

Der Landesbeirat tritt jetzt dafür ein, anlässlich der angespannten finanziellen Situation die gegenwärtigen rechtlichen Rahmenbedingungen und die Abschiebungspraxis generell auf den Prüfstand zu stellen. Die Haft verliere zunehmend ihre politische Legitimation. Nur 66 oder knapp ein Fünftel der insgesamt 361 Insassen aus dem zentralen Abschiebungsgefängnis wurden im vergangenen Jahr in ihr Heimatland abgeschoben, so Haeger mit Hinweis auf den Jahresbericht 2009.

233 Häftlinge wurden in ein europäisches Drittland abgeschoben (64,5 Prozent). 54 Menschen (15 Prozent) wurden entlassen, acht in andere Justizvollzugsanstalten verlegt. Damit hat sich dem Bericht zufolge die Zahl der Abschiebungen ins Heimatland auf einem niedrigen Niveau eingependelt. Im Jahr 2004 wurden noch 151 Menschen in ihr Heimatland abgeschoben. Insgesamt ist die Zahl der Flüchtlinge in Abschiebungshaft gegenüber 2008 um 20 Prozent gestiegen und hat mit 361 Menschen einen Höchststand erreicht.